

An die
Mitglieder des
Ausschusses für Landwirtschaft und Weinbau

Antrag der Fraktion FREIE WÄHLER nach § 76 Abs. 2 GOLT

Die Fraktion FREIE WÄHLER hat mit Schreiben vom 20. März 2024 beantragt, folgenden Punkt gemäß § 76 Abs. 2 GOLT auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu setzen:

„Pestizide in Getreidelieferungen aus der Ukraine - Folgen für Rheinland-Pfalz“.

Begründung:

Wie der Europäische Rat im Internet mitteilt, wurden im Rahmen der sogenannten Schwarzmeer-Initiative allein bis Juli 2023 fast 33 Millionen Tonnen Weizen und andere Nahrungsmittel aus der Ukraine ausgeführt. Diese enormen Mengen waren nicht direkt für den EU-Raum, sondern für Drittstaaten bestimmt. Dennoch gelangten vermutlich große Mengen von Getreide, oft bereits zu Mehl verarbeitet, in die EU-Staaten, um von dort erneut exportiert zu werden. Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass beträchtliche Mengen hiervon in den europäischen Einzelhandel gelangt sind. Die Konsequenz: Bereits im April 2023 hatte die Slowakei den Verkauf von ukrainischem Weizen als Lebensmittel und Tierfutter bis auf Weiteres verboten, weil in einer Lieferung von 1500 Tonnen Pestizide nachgewiesen wurden, die in der EU als gesundheitsschädlich verboten sind. Anfang Mai 2023 bestätigte ein unabhängiges Labor die Ergebnisse der Untersuchungen in der Slowakei.

Vor diesem Hintergrund bitten wir die Landesregierung um Berichterstattung zu folgenden Fragen:

1. Hat die Landesregierung Kenntnis über die Mengen des ukrainischen Getreides, die nach Rheinland-Pfalz gelangt und gelagert worden sind?
2. Hat die Landesregierung darüber Kenntnis, ob Getreidelieferungen bzw. weiterverarbeitete Produkte in den Groß- und Einzelhandel gelangt sind?
3. Welche Kontrollmechanismen gibt es in Rheinland-Pfalz, um die Verteilung bzw. den Weiterexport von belastetem Getreide zu verhindern?